

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zu TOP Nr. 2

**Abgabe einer Regierungserklärung zum Krieg in der
Ukraine**

Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 18/10929

während der Plenarsitzung vom 22.03.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Krieg in der Ukraine, Krieg in Europa - bislang für uns alle unvorstellbar und doch seit dem 24. Februar, seit der Ansprache oder - besser gesagt - der Kriegserklärung von Waldimir Putin schlimmste Wahrheit geworden. Es ist Putins Krieg, und es ist ein Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, und es ist ein Angriff auf unsere europäische Friedensordnung und damit auf unsere Freiheit und unsere Demokratie.

In der Fernsehansprache nutzt Putin das Vokabular des Völkerrechts, um seinen geopolitischen Vorstellungen einen Anstrich von Legitimität zu verleihen. Er spricht davon, dass die Volksrepubliken des Donbass Russland um Hilfe gebeten haben, und er spricht von einer Sondermilitäroperation. Ziel dieser Sondermilitäroperation sei der Schutz der Menschen vor Gräueln und Völkermord, und er spricht von Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine.

Meine Damen und Herren, wir wissen, diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage. Dieser Angriffskrieg kann durch nichts gerechtfertigt werden. Er beruht auf Lügen und ist auf das Schärfste zu verurteilen. Er belügt nicht nur uns, sondern er belügt auch sein eigenes russisches Volk. Der russische Präsident Putin verantwortet den Tod unzähliger unschuldiger Menschen, Männer, Frauen und auch Kinder.

Meine Damen und Herren, die Ukraine hat das Recht, ein freies und demokratisches, aber vor allem auch ein selbstbestimmtes Land zu sein. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und mit uns eine überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft. Russland ist international isoliert.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie täglich die schrecklichen Bilder aus der Ukraine sehen, die Bilder von hilflosen und verstörten Menschen, die zum Teil tagelang in Schutzräumen ausharren müssen, die Zerstörung der Städte wie Mariupol oder die täglichen Sondersendungen über die neuesten Entwicklungen, Analysen und Diskussionsrunden oder auch die riesigen Flüchtlingsströme. Es sind ganz überwiegend Frauen mit ihren Kindern, ältere Menschen und auch Menschen mit Behinderungen, die aus der Ukraine flüchten. Seit Beginn des Überfalls auf die Ukraine sind mittlerweile weit über 3 Millionen Menschen in die EU geflohen. Ich - und ich glaube, es geht vielen so - fühle mich hilflos. Ich bin schockiert über die immer stärker zunehmende Brutalität des Krieges. Der Journalist Franz Alt nannte es vor Kurzem den „Rückfall ins Unmenschliche“.

Meine Damen und Herren, besonders betroffen gemacht hat mich der Appell des ukrainischen Präsidenten Selenskyj an den Deutschen Bundestag. Vor allem ist bei mir sein Satz hängen geblieben: In Europa wird ein Volk vernichtet. – Dieser

Satz ist mir unter die Haut gegangen, macht er doch die Dramatik und gleichzeitig unsere Hilflosigkeit sehr deutlich.

Meine Damen und Herren, die Menschen der Ukraine sind dankbar für die große Hilfsbereitschaft und Solidarität, die ihnen entgegengebracht wird. Das ist großartig, vor allem auch von den unmittelbaren Nachbarstaaten wie Polen, Moldau, Rumänien und auch Ungarn. Aber die Menschen der Ukraine sind auch enttäuscht - enttäuscht von der EU, von der NATO, vom Westen -, weil sie sich allein gelassen fühlen.

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass die EU und auch die NATO alles unternehmen müssen, damit dieser Krieg nicht auf das NATO-Gebiet ausgeweitet wird, weil die Folgen unabsehbar wären. Dies immer wieder deutlich zu machen und diesen Ritt auf der Rasierklinge auch auszuhalten, ist eine verdammt schwierige und belastende Situation für alle. Ich kann nur hoffen, dass wir in dieser schwierigen Situation in dieser schwierigen Frage zusammenbleiben.

Meine Damen und Herren, wir erleben zurzeit in Deutschland und auch bei uns in Niedersachsen eine große Hilfsbereitschaft. Viele Freiwillige und Ehrenamtliche haben sich sofort auf den Weg zur polnisch-ukrainischen Grenze gemacht, um zu helfen. Sie haben Hilfsmittel jeder Art hingefahren und auf dem Rückweg Flüchtlinge mitgenommen. Viele Freiwillige und Ehrenamtliche, unsere Hilfsorganisationen, unsere Behörden und die Rettungskräfte sind bei der Aufnahme, der Erstversorgung und der Verteilung der Flüchtlinge in unserem Land in unermüdlichem Einsatz und helfen. Ihnen gilt unser ganz besonderer Dank.

Die Spendenbereitschaft ist riesig, und die Solidaritätsbekundungen überall im Land machen deutlich, wie sehr dieser Krieg auch die Menschen in unserem Land umtreibt und auch verunsichert. Ich erinnere nur an die Solidaritätsbekundung „Sound of Peace“ in Berlin, bei der deutsche Künstlerinnen und Künstler ein Zeichen für den Frieden und gegen den Krieg gesetzt haben. Solche Kundgebungen gegen den Krieg gibt es überall in unserem Land. Privatpersonen stellen Unterkünfte zur Verfügung. Bund, Land und Kommunen unternehmen alle Anstrengungen, um die Geflüchteten schnell und gut aufzunehmen und ihnen ein Stück Sicherheit zu geben.

Meine Damen und Herren, natürlich hat dieser Krieg auch Auswirkungen auf uns in Deutschland und Niedersachsen. Wir stehen vor riesigen Herausforderungen. Die Aufnahme, die Versorgung und die Verteilung der Flüchtlinge fordern uns in besonderem Maße. Aber was sind all diese Herausforderungen und Einschränkungen im Vergleich zu dem, was die Menschen in der Ukraine und die

Flüchtlinge aushalten müssen? Stellen Sie sich nur mal vor, Sie müssten innerhalb kürzester Zeit Ihr ganzes Leben in zwei Koffer zusammenpacken!

Ich bewundere den Mut und die Entschlossenheit des ukrainischen Volkes, für ihr Land und seine Unabhängigkeit zu kämpfen. In der Nationalhymne der Ukraine heißt es u. a.: „Noch sind der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben“.

Meine Damen und Herren, ich will aber auch an die mutigen Menschen in Russland erinnern, die gegen diesen Krieg demonstrieren, obwohl sie wissen, dass ihnen eine lange Haftstrafe und vielleicht noch mehr drohen. Beispielhaft will ich hier die TV-Journalistin Marina Owsjannikowa nennen, die mit ihrer Antikriegsbotschaft im russischen Staatsfernsehen und auch mit ihrer Videobotschaft - die sie davor aufgenommen hat, weil sie nicht wusste, was anschließend passiert - international Aufsehen erregt hat. Eine sehr mutige Frau, wie ich finde!

Natürlich drängt sich da auch die Frage auf: Was weiß eigentlich das russische Volk über diesen Krieg?

Meine Damen und Herren, zu den Auswirkungen auf Niedersachsen: Zunächst geht es vorrangig um die Aufnahme und Versorgung der bei uns ankommenden Menschen. Der Ministerpräsident hat auf den ressortübergreifenden Krisenstab im MI hingewiesen. Die Landesaufnahmebehörde bereitet sich fortlaufend auf die Aufnahme vor, die zwischen den Bundesländern nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgt. Auch dort gibt es einen Krisenstab.

Aber auch der Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden ist in diesem Zusammenhang immens wichtig, weil natürlich auch die Verteilung der Kriegsflüchtlinge auf die Kommunen vorbereitet werden muss. An dieser Stelle habe ich die herzliche Bitte, dass wir aus den Erfahrungen der Jahre 2015 und 2016 lernen und es hierbei kein Hin und Her über die erforderliche Pauschale geben darf.

Meine Damen und Herren, die Bitte, die immer wieder an mich herangetragen wird, ist, dass sich die Geflüchteten, auch wenn sie zunächst privat untergebracht werden, bitte registrieren lassen bzw. dass Privatpersonen, wenn sie Flüchtlinge aus der Ukraine abholen, den Kommunen vorher bezüglich der Unterkünfte Bescheid geben; denn manchmal stehen die Kommunen dann ratlos vor der spontan aufkommenden Frage, wo die Flüchtlinge unterzubringen sind.

Meine Damen und Herren, bei der Erstaufnahme spielt natürlich auch die Gesundheitsversorgung auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der sehr geringen Impfquote in der Ukraine eine Rolle. Hinzu kommt - Sie wissen das

-, dass der dortige Impfstoff bei uns nicht anerkannt ist. Auch das müssen wir im Blick haben.

Eine große Aufgabe und Herausforderung stellen sich aus meiner Sicht für unsere Schulen und Kindertagesstätten. Zum einen ist es für die ukrainischen Kinder und Jugendlichen sehr wichtig, möglichst schnell in die Kindertageseinrichtungen und Schulen zu kommen. Zum anderen hatten unsere Bildungseinrichtungen überhaupt noch keine Zeit, sich auf diese Situation vorzubereiten. Nach der Corona-Pandemie haben es eigentlich wohl alle - zumindest die Lehrkräfte sowie die Erzieherinnen und Erzieher - dringend nötig, dass sie auch mal Luft holen dürfen. Aber dazu bleibt leider keine Zeit.

So schwer es auch ist, wir müssen dafür sorgen, dass wir auch hier möglichst viel an Entlastung schaffen und weitere Kräfte ins System geben, um schnell Sprachfördermaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Ich weiß nicht, ob hier die Zahl der Lehrkräftestunden zur Sprachförderung überhaupt noch ausreicht. Noch obendrauf kommen natürlich die Belastungen aufgrund der Kriegs- und Fluchterlebnisse und der Trennung der Familien. Es ist richtig, wenn der Kultusminister hier von pragmatischer, flexibler Unterstützung der Schulen spricht.

Noch schwieriger dürfte die Situation in den Kindertagesstätten werden, weil hier oftmals Personal- und Platzmangel herrschen. Auch hier brauchen wir pragmatische schnelle Lösungen.

Deshalb ist es aus meiner Sicht auch dringend erforderlich, zu klären - auch das hat der Ministerpräsident angesprochen -, ob sich unter den Geflüchteten Lehrkräfte oder anderes Fachpersonal befinden, die bzw. das wir sofort in unser Bildungssystem integrieren können.

Sie sehen allein an diesem Beispiel, wie komplex und schwierig die Aufgaben und Herausforderungen sind, die da auf uns zukommen. Damit gehen natürlich auch die Fragen der Arbeitserlaubnis und der Anerkennung der Abschlüsse einher. Vielleicht werden wir diesmal etwas schneller, auch wenn wir alle wissen, dass die Menschen aus der Ukraine, die zu uns kommen, möglichst schnell wieder zu ihren Familien und in ihre Heimat wollen.

Aber vor allem sind jetzt Sprachlernkurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene wichtig. Hier wäre es wichtig, diese Angebote schnell an den Start zu bringen.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat es angesprochen und deutlich gemacht, dass fast jedes Ministerium betroffen ist. Morgen wird der Herr Wirtschaftsminister zu den wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekrieges unterrichten. Ich will dem nicht vorgreifen. Aber wenn wir über die Folgen für die

niedersächsische Wirtschaft und die Unternehmen sprechen, dürfen wir nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergessen! Auch bei ihnen herrschen große Verunsicherung und Angst um ihren Arbeitsplatz. Das ist mir sehr wichtig.

In etlichen Bereichen kommt es zu Unterbrechungen der Lieferketten und zu Lieferengpässen. Auch das werden wir in Deutschland und Europa neu zu bewerten haben. Wenn ich es richtig weiß, sind ca. 50 bis 60 niedersächsische Unternehmen in Russland vertreten, und über 500 niedersächsische Unternehmen haben wirtschaftliche Beziehungen zu Russland. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu der Ukraine kommen natürlich noch hinzu. Viele der Unternehmen haben bereits die Geschäftsbeziehungen zu Russland abgebrochen oder bereiten ihren Abbruch vor. Es geht auch, aber eben nicht nur um die steigenden Rohstoff- und Energiepreise oder um unsere Energiesicherheit. Deshalb ist es richtig, dass auf Bundesebene über einen Rettungsschirm bzw. über ein Kreditfortprogramm diskutiert wird.

Meine Damen und Herren, natürlich ist das Thema „Energiesicherheit und Energieversorgung“ in aller Munde, und die Diskussionen über die Abhängigkeit von Russland allein beim Gas sind abendfüllend; Sie selbst werden das in Ihrem Umfeld erleben. Dabei steht natürlich immer wieder die Diskussion im Vordergrund, wie schnell wir uns eigentlich von der Energieabhängigkeit bzw. von den Gaslieferungen von Russland lösen und diese beenden können, ohne dabei unsere eigene Wirtschaft komplett zu gefährden. Es geht also um die Fragen: Mehr Gasbohrungen auch bei uns in Deutschland und in den Niederlanden? Größere Liefermengen aus Norwegen? Müssen wir unsere Energieversorgung und unsere Energiesicherheit nicht komplett neu denken, also auch das Thema Energieeinsparung/Energieeffizient, das Herr Meyer angesprochen hat?

Wie wir den Medienberichten entnehmen dürfen, ist unser Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Herr Dr. Robert Habeck, mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation zurzeit viel unterwegs, um die berühmten Türen zu öffnen, damit wir von anderen Ländern LNG oder auch Wasserstoff beziehen können. Ich finde das ausdrücklich richtig. Aber ich glaube auch, wenn man die Geschichte der Grünen kennt, wie schwer das fällt, in dieser Frage wirklich neu zu denken.

Meine Damen und Herren, wir brauchen deshalb schneller LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Brunsbüttel und - das sage ich ausdrücklich - auch in Stade.

Bei der Debatte um unsere Energieversorgung keimt hin und wieder auch der Versuch auf, über die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken eine Debatte über einen anderen Umgang mit der Kernenergie anzufangen, also - übersetzt - über ein Zurück zur Atomenergie. Meine Damen und Herren, um es hier ganz deutlich auszusprechen: Mit der SPD wird es eine Rolle rückwärts, wird es ein Zurück zur Atomenergie nicht geben!

Konzentrieren wir lieber unsere ganze Kraft auf die Energiewende und den schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien, und das fängt bei uns in den Kommunen an.

Meine Damen und Herren, bezüglich steigender Energie-, Sprit, aber auch Lebensmittelkosten brauchen wir allerdings auch eine schnelle Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger. Dazu hat die Landesregierung ja auch eine Bundesratsinitiative mit elf Forderungen auf den Weg gebracht.

Dabei geht es um die Heizkostenpauschale, die Pendlerpauschale, die Senkung der Stromsteuer, weg von der EEG-Umlage - um nur einige zu nennen. Kurzum: Es wurde bereits ein Entlastungspaket auf den Weg gebracht. Über weitere Entlastungen wird gegenwärtig auf der Bundesebene verhandelt.

Meine Damen und Herren, ich will ein letztes Thema ansprechen: die Auswirkungen auf unsere Agrar- und Ernährungswirtschaft. Ja, die Ukraine - oft als Kornkammer Europas bezeichnet - und auch Russland sind bislang wichtige Exportländer für Getreide und Ölsaaten. Experten sprechen davon, dass der Ausfall der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland steigende Lebensmittel- und Energiepreise nach sich ziehen werden. Darunter werden vor allem Afrika und der Nahe Osten leiden. Die UN warnt sogar vor einer Hungerkatastrophe.

Aber ich will vor allem auf eines hinweisen und deutlich ansprechen: Die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln ist derzeit trotz dieser Preis-sprünge bei uns nicht gefährdet. Ich verstehe also die Hamsterkäufe überhaupt nicht, die wir hier und da erleben, besonders bei Mehl und Sonnenblumenöl. Ich verstehe es wirklich nicht.

Meine Damen und Herren, zum Schluss meiner Rede will ich noch einmal deutlich machen: Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, und wir alle - die ganze Staatengemeinschaft - dürfen die Verhandlungen nicht abbrechen. Aber wir müssen auch klar formulieren an den Staatspräsidenten Wladimir Putin, den Krieg und das Blutvergießen in der Ukraine sofort zu stoppen und sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Das muss unsere Forderung bleiben!

Meine Damen und Herren, die Sanktionen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Und wenn es erforderlich ist, werden diese Sanktionen auch weiter verschärft werden müssen. Das Volk in Russland wird diesen Krieg sehr hart zu spüren bekommen. Russland ist international isoliert, und es wird sehr großen, nachhaltigen Schaden nehmen.

Eine Bitte habe ich noch: Lassen wir es bitte nicht zu, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Russland oder auch Spätaussiedler, die hier bei uns sind, für den

Krieg in der Ukraine angefeindet oder gar angegriffen werden! Das müssen wir verhindern.

Meine Damen und Herren, ich möchte schließen mit den Worten Martin Luther Kings: Seit wann kann man Finsternis mit Finsternis bekämpfen? Finsternis bekämpft man nur mit Licht. Hass wird immer neuen Hass erzeugen. Nur Liebe kann Hass überwinden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.